

15 NOV 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/231

Bonn, den 15. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Eisen im Feuer</u> Adenauers Washington-Besuch und die deutsch-französische Zusammenarbeit	34
2	<u>Eine beliebte Ausrede</u> "Die Presse ist schuld"	23
2	<u>Erfolg der Opposition</u> Zur Gewährung der Ausgleichszahlung für Beamte	23
3	<u>Nach den Ideen Wilhelm von Humboldts</u> Modernste Universität soll in Bremen erstehen	51
4	<u>Westliche Touristen umworben</u> Devisen aus "kapitalistischen" Ländern erwünscht Von Rudolf Hornig	38
5 - 6	<u>ÖVG-Bärendienst für Südtirol</u> Querschüsse gegen die Wiener Außenpolitik Von unseren Korrespondenten in Wien	66

Chefredakteur Günter Markscheffel

- 1 -
Eisen im Feuer

Adenauers Washington-Besuch und die deutsch-französische
Zusammenarbeit

sp - Kurz vor dem Antritt der Reise nach den Vereinigten Staaten hat sich Bundeskanzler Dr. Adenauer noch schnell aus Paris bestätigen lassen, daß die enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich gute Fortschritte macht und daß auch in militärischer Beziehung auf der Ebene von Expertenbesprechungen "einiges erreicht" wurde. In den entsprechenden Verlautbarungen wird betont, daß diese enge Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris "selbstverständlich im Rahmen und mit Abstimmung auf die Notwendigkeiten der atlantischen Gemeinschaft" erfolgen soll.

Wie erinnerlich, hat die französische Regierung bald nach dem Staatsbesuch Dr. Adenauers in Frankreich in Form eines Memorandums gewisse seinerzeit im offiziellen Communiqué unausgesprochen gebliebene Vorschläge nach Bonn eingereicht. Die darüber in Washington entstandene Verstimmung führte zu mehreren Demarchen, weil einige der französischen Vorschläge in Washington als "Störungsmanöver" der atlantischen Gemeinschaft empfunden worden waren. Jetzt hat Bundeskanzler Dr. Adenauer das Thema wieder aufgreifen lassen; es wurde schnell noch einmal "aufgebügelt" in Form von Agenturnmeldungen und offiziellen Verlautbarungen.

Wenn Adenauer gleich nach seiner Ankunft in den USA verkündete, die enge Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris sei kein Störfaktor, so muß er sicher gewußt haben, warum er dies tat. Die Amerikaner sind nämlich in dieser Frage deswegen so empfindlich, weil de Gaulle die bisherigen Versuche Präsident Kennedys, das Berlin-Gespräch in der internationalen Diskussion offen zu halten, mehrfach blockiert hat. Es gibt zwar keine ausdrückliche französische "Veto-Erklärung" gegen die von dem neuen amerikanischen Botschafter in Moskau eingeleiteten Fühlungnahmen, jedoch eine deutlich zum Ausdruck gebrachte Abneigung.

Es ist zu hoffen, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer seine Freundschaft und die guten Beziehungen zu Staatspräsident de Gaulle in positiver Sinne einsetzt, zumal er ja jetzt selbst erklärt hat, daß er mit der Schaffung einer internationalen Zufahrtsbehörde, die den freien Zugang von und nach Berlin garantiert, einverstanden sei und zwischen ihm und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten bestünden.

Eine beliebte Ausrede

sp - Eine der "Begleiterscheinungen" der Spiegelaktion ist die Verstimmung zwischen Spanien und der Bundesregierung. Der deutsche Botschafter in Madrid hatte einige Mühe, die Dinge wieder ins rechte Licht zu rücken - eines hätte er allerdings nicht tun dürfen: einige deutsche Zeitungen für die Verärgerung spanischer Regierungsstellen verantwortlich zu machen. Das ging entschieden zu weit. Weder hat irgendeine deutsche Zeitung die, wie sich jetzt immer mehr herausstellt, widerrechtlich erfolgte Verhaftung des Spiegelredakteurs Ahlers veranlaßt, noch hat sie spanischen Behörden irreführende Darstellungen übermittelt; das haben offizielle Bonner Regierungsstellen besorgt. Und das haben sie so gründlich getan, dass sich sogar die spanische Regierung gegen Bonner Irreführungen, Verdächtigungen und falsche Behauptungen vor aller Welt wehren musste. Dies wahrscheinlich aus Gründen des Prestiges, aber auch des Fremdenverkehrs; kann doch keine Regierung den Makel auf sich beruhen lassen, Komplize bei der Durchführung einer fragwürdigen, mit internationalen Gepflogenheiten nicht zu vereinbarenden Verhaftungsaktion zu sein. Wer würde dann noch das schöne Spanien als Ferienland besuchen wollen? - Ob das Gespräch des deutschen Botschafters in Madrid, von Welck, mit dem spanischen Außenminister und Informationsminister wirklich jene "befriedigende Klärung" gebracht hat, wie behauptet wird, mag freilich dahingestellt bleiben. Gerade Minister der Franco-Regierung dürften wohl sehr genau darüber Bescheid wissen, was man Zeitungen nicht unterstellen darf ...

+ + +

Erfolg der Opposition

sp - Das unwürdige Spiel mit den Bundesbeamten, viele Monate lang betrieben, hat nun durch den einstimmigen Beschluss des Bundestages, noch in diesem Jahre eine 30-prozentige Ausgleichszahlung zu gewähren und die Gehälter der Bundesbeamten ab 1. Januar nächsten Jahres um sechs Prozent zu erhöhen, ein Ende gefunden. Den Koalitionsparteien ist die Entscheidung schwergefallen, sie haben sich lange dagegen gewehrt und den Unmut einer Bevölkerungsschicht auf sich gezogen, für die sie sonst des Lobes voll sind. Die Haltung der parlamentarischen Opposition war von vornherein bestimmt und festgelegt. Das bewiesen ihre Anträge im Bundestag, die auf eine Beseitigung der Diskriminierung der Bundesbeamten hinielten. Die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen sind schon lange vorher mit gutem Beispiel vorgegangen und haben sich nicht den berechtigten Wünschen der Landesbeamten verschlossen. War es nun der Erfolg der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen in Hessen, der die Regierung zur Preisgabe eines unhaltbaren Standpunktes und damit zur besseren Einsicht nötigte? Wie dem auch sei: ohne das unablässige Drängen der parlamentarischen Opposition wäre die Benachteiligung der Bundesbeamten bestehen geblieben.

+ + +

Nach den Ideen Wilhelm von Humboldts

kr - Für den Bau einer Universität in Bremen hat Dr. Hans-Werner Rothe jetzt ein Gutachten vorgelegt. Danach soll an Rande der Hansestadt eine Campus-Universität gebaut werden, in die vorerst eine Pädagogische Hochschule und später möglicherweise auch eine Technische Hochschule einbezogen werden soll. Nach dem Gutachten, über das noch entschieden werden muß und für dessen Verwirklichung viele hundert Millionen DM notwendig sind, soll es die modernste Universität im Bundesgebiet werden - auch vom internen wissenschaftlichen Aufbau her.

Im Außen werden sich um Rektorat, Bibliothek, Hörsäle und Mensa die einzelnen Fakultätsgebäude und -institute im Halbkreis gruppieren. Dahinter werden zwischen Grünflächen, Sportanlagen und Botanischen Gärten die Studentenwohnheime errichtet. Man möchte, daß ein Drittel aller Bremer Studenten in unmittelbarer Nähe der Hochschule in einem Studentenheim untergebracht sind. Dazu sollen auch die Räume und Anlagen für Gemeinschaftsarbeiten entstehen, in denen die Studenten zu demokratisch aufgeschlossenen Staatsbürgern herangebildet werden.

Bei alledem gehen die ersten Entwurfskizzen für die neue Universität davon aus, daß dennoch nicht ein in sich abgeschlossenes und von der Bevölkerung Bremens getrenntes wissenschaftliches Ghetto entsteht. Man möchte die Erwachsenenbildung in die neue Bremer Universität ziehen und mit den einzelnen Disziplinen verbinden. Der Grundgedanke dazu ist, den sich bilden wollenden Bürger an den wissenschaftlichen Erkenntnissen und Möglichkeiten der Universität teilhaben zu lassen.

In Bremen soll eine klassische Universität nach den Ideen des Wilhelm von Humboldt gebaut werden. Es ist nicht daran gedacht - wie insbesondere bei amerikanischen Universitäten - Forschung und Lehre zu trennen und das auch in der baulichen und räumlichen Anordnung zum Ausdruck zu bringen.

Westliche Touristen umworben

Von Rudolf Hornig

Der zahlungskräftige westliche Tourist ist im Ostblock ein gern gesehener Gast - das war der Tenor einer Tagung der Vertreter der Reisebüros aller Ostblockländer, die in Prag stattfand. Man kam anschließend auch mit den Vertretern der Reisebüros aus den "kapitalistischen" Ländern zusammen. In beiden Fällen laufen die wesentlichen Bemühungen des östlichen Fremdenverkehrs darauf hinaus, den westlichen Touristen den Besuch im Ostblock zu erleichtern und ihre Zahl im nächsten Jahr zu erhöhen.

Das Sprachengewirr im Osten soll dadurch erträglich gemacht werden, daß fünfzehn symbolische Kernzeichen einheitlich so wichtige Einrichtungen wie Zollamt, Gepäckaufbewahrung, Garagen, Gaststätten oder Ausländerhotels für jeden Reisenden verständlich machen. Die Ausbildung von Fremdenführern für ausländische Touristen wird forciert. Allein in der Tschechoslowakei sind in diesem Jahr 900 Fremdenführer ausgebildet worden, die eine Reihe von westlichen Sprachen fließend beherrschen.

Erleichterung der Formalitäten

Um den westlichen Besuchern entgegenzukommen, wird eine Maßnahme vorbereitet, die als revolutionierend bezeichnet werden kann. Im nächsten Jahr wird (versuchsweise von Prag) die Erteilung der Einreisevisa so verkürzt, daß ein Westeuropäer ein Visum bereits binnen fünf Tagen und ein Besucher aus Übersee binnen sieben Tagen erhalten kann. Dabei handelt es sich natürlich nur um zahlende Besucher, während alle anderen, zum Beispiel die von Verwandten zu einem Besuch eingeladenen, auch weiterhin mit der bisherigen umständlichen Prozedur rechnen müssen, die Monate dauern kann.

Große Sorgen machen den östlichen Reisebüros immer noch die Hotels. Selbst für den Fremdenverkehr innerhalb des Ostblocks wird eine einheitliche Kategorisierung der Hotels vorbereitet, wobei die Ansprüche und entsprechend auch die Preise endlich für den gesamten Ostblock genormt werden.

Mehr Bequemlichkeit

In den internationalen Schnellzügen, die aus dem Westen in den Osten kommen, soll die Möglichkeit des Geläwchens schon während der Fahrt eingeführt werden. In den Zügen sollen die Besucher kleine Sprachführer erhalten, die ihnen den Umgang in den Reiseländern erleichtern. Vorgesehen ist die Anfertigung von Autokarten sowie von Verzeichnissen der wichtigsten Auto-Campingplätze und der dorthin führenden Reiserouten. Auch das Hotelservice soll verbessert und dem internationalen Niveau angepasst werden. Dies gilt vor allem für die Hotels außerhalb der Hauptstädte und der großen Kur- und Badeorte.

ÖVP-Bärendienst für Südtirol

Von unserem Korrespondenten in Wien

Dieser Tage sollten sich der italienische und der österreichische Außenminister in Salzburg zu Verhandlungen über Südtirol treffen. Kurz davor wurde diese Zusammenkunft von italienischer Seite auf unbestimmte Zeit verschoben. Das ist das Ergebnis eines Querschusses der ÖVP gegen die österreichische Außenpolitik. Dem sozialistischen Außenminister Dr. Brune Kreisky wollte die ÖVP - mit Hilfe ihrer italienischen Parteifreunde - einen Streich spielen, den Interessen Österreichs und der Bevölkerung Südtirols hat sie damit gleichzeitig sehr geschadet.

Für die Verhandlungen in Salzburg lag nicht nur die feste italienische Zusage vor, sondern auch ein konkretes Programm, das bereits vom italienischen Außenminister Attilio Piccioni angenommen worden war. Doch schon am 2. November brachte die Turiner Tageszeitung "La Stampa" einen Bericht ihres Wiener Korrespondenten, in dem gesagt wurde, daß, wer den Sieg der ÖVP bei den Nationalratswahlen vom 18. November wünsche, hoffe, daß Piccioni seine Reise nach Salzburg unter dem Vorwand einer Erkältung verschieben werde. Und "Il Messaggero" wußte zu berichten, daß ÖVP-Politiker in Wien nicht nur herabsetzende Bemerkungen über Außenminister Dr. Kreisky gemacht, sondern auch wörtlich erklärt hätten: "Die Volkspartei hat alles Interesse, daß das Gespräch verschoben wird. Es würde uns wirklich freuen, wenn Piccioni von einer leichten Erkältung befallen würde."

Partei-politisches Intrigenspiel

Etwas Unglaubliches war geschehen: Aus parteipolitischen und wahltaktischen Gründen war ein Intrigenspiel gegen Südtirol und gegen Österreich eingefädelt worden - durch die Österreichische Volkspartei! Unter dem Titel: Bärendienst für alle, empörte sich dagegen sogar ein Leitartikel der bürgerlich-liberalen Tageszeitung "Die Presse", die sonst in schärfstem Gegensatz zu den Sozialisten steht.

Für ihre Absage hatten die Italiener als Begründung drei Versionen geliefert, darunter "Bedenken", daß an den Besprechungen von österreichischer Seite auch zwei Mitglieder der Tiroler Landesregierung teilnehmen sollen. Außenminister Dr. Kreisky betonte, es sei allein Sache Österreichs, wer auf österreichischer Seite als Experte und Berater

herangezogen würde. Da übrigens auch in Italien Wahlen bevorstehen, kann mit den nächsten Südtirolverhandlungen frühestens im Sommer 1963 gerechnet werden.

"Es gibt Grund zur Annahme", schreibt "Die Presse" in dem genannten Leitartikel, "daß hinter der Absage vor allem eine falsche Einschätzung der innerösterreichischen Lage steht. Man hat auf jene gehört, die versichert haben sollen, Italien würde, wenn sich Piccioni mit Kreisky in Salzburg getroffen hätte, dem sozialistischen Außenminister Österreichs einen großen Wahlschlager verschafft und sich für immer die ÖVP verfeindet haben." Dazu muß man wissen, daß gerade Außenminister Dr. Kreisky, der sich um das Ansehen Österreichs in der Welt besonders verdient gemacht hat, die besondere Zielscheibe unsachlicher und gehässiger Angriffe der ÖVP geworden ist.

Gefälschte Flugblätter

Dies mag auch die ÖVP dazu veranlaßt haben, Südtirol in den Wahlkampf hinein zu ziehen. So wurde dieser Tage in ganz Österreich ein gefälschtes Flugblatt verbreitet, in welchem sozialistische Regierungsmitglieder beschuldigt werden, Südtirol verraten und verkauft zu haben. Von dieser Fälschung distanzierten sich sowohl die Südtiroler selbst als auch die Freiheitliche Partei - nur die ÖVP nicht, die offenkundig dahintersteckte.

Insbesondere der ÖVP-Finanzminister Dr. Josef Klaus, der eigentlich mit seinem eigenen Ressort und mit den dazu gehörigen 20 Milliarden Schilling Staatsschulden genug Sorgen haben sollte, befaßte sich in Wahlreden in letzter Zeit immer häufiger und mit besonders gehässigen Angriffen mit der österreichischen Außenpolitik, obgleich er dieser in den Ministerratssitzungen stets nachdrücklich beigepflichtet hatte.

Außenminister Dr. Kreisky richtete daraufhin an den Finanzminister eine als sensationell empfundene Herausforderung zu einer öffentlichen Debatte, und zwar noch vor dem Wahltag und unter dem objektiven Vorsitz eines Universitätsprofessors. In angelsächsischen und skandinavischen Ländern ist es selbstverständlich, daß eine solche Herausforderung angenommen wird. ÖVP-Finanzminister Dr. Klaus aber lehnte wohlweislich ab und ersparte damit sich und seiner Partei eine große Blamage.